

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)

Austrian Journal of Development Studies

Herausgeber:

Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den
Österreichischen Universitäten
Senatskommission zur Errichtung des Instituts für
Internationale Entwicklung

Redaktion:

Gerald Faschingeder, Karin Fischer,
Margit Franz, Irmi Hanak,

Franz Kolland (verantwortl.), René Kuppe, Brita Neuhold,
Andreas Novy, Herwig Palme,

Christof Parrreiter, Kunibert Raffer,

Irmi Salzer, Heidi Schatzl, Andreas Schedler,
Walter Schicho, Anselm Skuhra

Board of Editors:

John-ren Chen (Innsbruck), Hartmut Eisenhans (Leipzig),
Jacques Forster (Genève), John Friedmann (St. Kilda),

Peter Jankowitsch (Paris), Friedrich Katz (Chicago),
Helmut Konrad (Graz), C. T. Kurien (Madras),

Ulrich Menzel (Braunschweig), Jean-Philippe Platteau (Namur),
Dieter Rothermund (Heidelberg),

Heribert Steinbauer (Wien), Paul Streeten (Boston),
Osvaldo Sunkel (Santiago de Chile)

Brandes & Apsel / Südwind

Auf Wunsch informieren wir regelmäßig über das Verlagsprogramm sowie die Beiträge dieser Zeitschrift. Eine Postkarte an den Brandes & Apsel Verlag, Scheidswaldstr. 33, D-60385 Frankfurt a. M. genügt. Oder per e-mail: **Brandes-Apsel@t-online.de** genügt. Nähere Informationen über bisher erschienene Hefte (Schwerpunkte, Beiträge etc.) erhalten Sie auch direkt unter folgender Internet-Adresse: <http://www.univie.ac.at/int-entwicklung/jep>

Gefördert aus öffentlichen Mitteln

Österreichische

Entwicklungszusammenarbeit

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)

ISSN 0258-2384, Erscheinungsweise: vierteljährlich

Heft 4/1999; XV. Jg.

Preis des Einzelhefts: DM 19,80 / öS 120,- / sFr 21,-

Preis des Jahresabonnements: DM 79,- / öS 480,- / sFr 72,-

Abonnementsbezug für Deutschland, Schweiz u. a.:

Brandes & Apsel Verlag GmbH, Scheidswaldstr. 33, D-60385 Frankfurt a. M.

Abonnementsbezug nur für Österreich:

Südwind-Buchwelt Buchhandelsges. m. b. H., Baumgasse 79, A-1034 Wien

Redaktionsadresse:

Journal für Entwicklungspolitik, Währingerstr. 17/104, A-1090 Wien

e-mail: int-entwicklung@univie.ac.at

1. Auflage 2000

© by Brandes & Apsel Verlag GmbH, Scheidswaldstr. 33,

D-60385 Frankfurt a. M.

Jede Verwertung bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Redaktion und des Verlages. Das gilt insbesondere für Nachdrucke, Bearbeitungen und Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in allen Arten von elektronischen und optischen Systemen, der öffentlichen Wiedergabe durch Hörfunk-, Fernsehsendungen und Multimedia sowie der Bereithaltung in einer Online-Datenbank oder im Internet zur Nutzung durch Dritte. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Verlages wieder.

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den Österreichischen Universitäten, Währingerstr. 17/104, A-1090 Wien. Grundlegende Richtung des JEP: Wissenschaftliche Analysen und Diskussionen von entwicklungspolitischen Fragestellungen und Berichte über die entwicklungspolitische Praxis. Verantwortlich für Inhalt und Korrekturen sind die Autoren bzw. die Redaktion.

Umschlaggestaltung: Volker Plass, Wien

Satz: Ch. Weismayer, A-1080 Wien/A-5026 Salzburg

Druck: Difo-Druck OHG, Bamberg, Deutschland

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem und chlorfrei gebleichtem Papier

ISSN 0258-2384

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK, XV. Jg., Heft 4, 1999

Austrian Journal of Development Studies

Offenes Heft

Schwerpunktredeakteur: Franz Kolland

Editorial	365
Artikel	
Bernhard Nett	
Göran Hydens „Gesellschaften ohne Staat“ in der entwicklungstheoretischen Debatte	367
Joachim Groder	
Der Aufstand in Chiapas 1994 im Spannungsfeld von exklusiver Politik und Concientización	381
Samuel Wälty	
Cows, Buffaloes and the Rural Poor in India	
Employment Generation, Gender, Dairying Strategies	403
Hartmut Eisenhans	
Globalisierung intensivieren statt abblocken	425
Berichte	
Ursula Werther-Pietsch	
EU-AKP-Verhandlungen – Wegweiser ins 21. Jahrhundert	437
Peter Wahl	
Gegenmacht zur Globalisierung formiert sich	
Schlußfolgerungen aus der WTO Konferenz in Seattle	445
Rezensionen	
Über Autoren und Autorinnen	449
Informationen für Autoren und Autorinnen	454
	456

Bernhard Nett

Göran Hydens „Gesellschaften ohne Staat“ in der entwicklungstheoretischen Debatte

Als vor zwei Jahrzehnten die neoliberalen Reagonomics und Thatcherismus ihre Blütezeit erlebten, stellte dies einen fundamentalen Angriff auf die etablierte Entwicklungspolitik dar, deren Gestaltung auch die Afrikanistik mitdiskutiert hatte. Die neoliberalen Revolutionäre wollten nicht mehr im am Massenwohlstand orientierten Sozialstaat, sondern im deregulierten, globalisierten Markt ihre entwicklungspolitische Orientierung finden. Eines der prägnantesten Bücher von Afrikanisten in dieser Zeit war das Buch „No shortcuts to Progress“ von Göran Hyden. Nicht alleine die weitreichende Wirkungsgeschichte und die Diskussion des Buches unter Afrikanisten – der in dem vorliegenden Aufsatz ebensowenig nachgegangen wird wie der Fortentwicklung der Thesen durch Göran Hyden selbst – macht einen Blick auf das Buch nach zwei Jahrzehnten reizvoll: Vielmehr zeigt sich in diesem Buch eine interessante Geringschätzung von sozialen „Schutz- und Trutz“-Institutionen, die von Hyden nur als Hemmnisse auf einem scheinbar vorgegebenen Weg des Fortschritts dargestellt wurden – worin er mit den neoliberalen Kritikern der postkolonialen Staaten Afrikas übereinstimmt. Hyden vertrat die Auffassung von Adam Smith, daß allgemeiner Wohlstand und sozialer Zusammenhalt einer intermediären Zivilgesellschaft bedürfen. Wer jedoch – wie Hyden – diese Zivilgesellschaft als automatische Hervorbringung der Industrialisierung faßt, muß sie konsequenterweise Afrika pauschal absprechen. Heute werden zwar Globalisierung und Sozialstaat heftiger denn je diskutiert, doch statt kritischer Hinweise auf die Bedeutung intermedial gesicherter Legitimität für gesellschaftliche Gewaltenteilung beherrscht weiterhin pauschale, neoliberal inspirierte Kritik am Nationalstaat als solchem das Feld (bei gleichzeitigem Bedeutungszuwachs populistisch-nationalistischer Strömungen), lohnt sich ein Blick auf Hydens Argumentation. In einer noch vom Fortschrittsdiskurs geprägten Semantik hat es viel davon vorweggenommen: sein Buch hat im Gegensatz zu vielen zeitgenössischen Beiträgen jedoch den Vorteil einer klaren Argumentationslogik. Deshalb kann man auch für den aktuellen Diskurs (insbesondere im Hinblick auf die Rolle von Zivilgesellschaft) viel aus einer kritischen Lektüre des Buches lernen.

1. Göran Hydens Kritik am postkolonialen Staat in Afrika

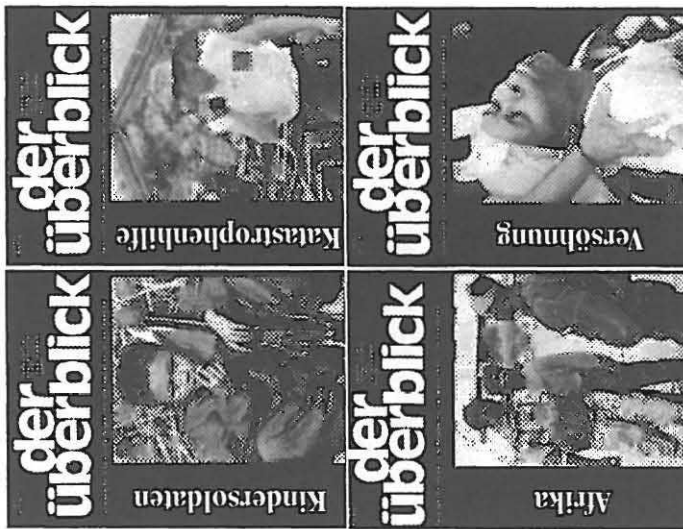
Anfang der 80er Jahre machte der Politologe Göran Hyden mit der Diagnose einer Unverbundenheit der afrikanischen Kleinbauern von staatlicher Politik

Bei uns bekommen Sie den Überblick

Länderanalysen, aktuelle Reportagen und Kommentare, Interviews, Kontroversen über globale Trends – so zeichnen wir ein Bild der internationalen Politik und vom Geschehen in den Ländern des Südens.

Wissenschaftler, Journalisten und Vertreter von internationalen Organisationen und Kirchen schildern in klaren Worten, wo sie Problem und Lösung sehen.

Einen Jahrgang (4 Ausgaben) erhalten Sie im Abonnement für nur DM 32,00 (ermäßig DM 25,00) zuzügl. Porto und Versand. Probeheft kostenlos.



„der überblick“ – herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst (AG KED) – ist eine der meistgelesenen Zeitschriften zu Fragen der Entwicklungspolitik und der internationalen Zusammenarbeit

Postfach 30 55 90 · 20317 Hamburg
 040 / 34 14 44
 FAX 040 / 35 38 00
 e-mail: ueberblick@t-online.de

der überblick

das Magazin zur Globalisierung

(„uncaptured peasant“) von sich reden. Hatte man bis dato die armen Bauern in der Dritten Welt meist nur als Opfer despotischer Ausbeutung wahrgenommen, so stellte Hyden hingegen sie als eigentliche Akteure der afrikanischen (Unter-)Entwicklung dar. Hyden (1980) entwickelte seine Vorstellung in Afrika in einer Analyse, die das Scheitern einer eigenständig-sozialistischen Politik des tanzanischen Staates zum Thema hatte. Ausgehend von diesem gescheiterten Modernisierungsversuch generalisierte er seine Kritik in der Folge für ganz Afrika: Grundlage der Unfähigkeit Entwicklung zu steuern seien nicht politische Mächtschaften oder die Mächte des Weltmarkts, sondern der niedrige Entwicklungsgrad der afrikanischen Produktionsverhältnisse (ebd.: 29). Da diese Diagnose nachhaltige Zweifel an der Entwicklungsfähigkeit Afrikas in der entwicklungspolitischen Debatte weckte, ist nach zwei Jahrzehnten zunehmender Marginalisierung Afrikas auf dem Weltmarkt Zeit zu überprüfen, was es mit Hydens Argument auf sich hat.

Hyden sah im westlichen Sozialstaat für Afrika, der dort eine „bloß komplexere Version des Kapitalismus“ (Hyden 1983: 5) darstelle, ebensowenig eine politische Option wie im sowjetkommunistischen Zentralismus. Grund für das Scheitern importierter Politikkonzepte sei die Tatsache, daß aufgrund der Bedeutung des ökonomischen Faktors der postkoloniale Staat in Afrika als entwicklungsorientierte politische Struktur über den Niederungen der konservativen Sozialstrukturen abgehoben wie ein Ballon in den Wolken schwebte, statt fest wie ein Haus auf einem Fundament (bzw. ein Überbau über einer Basis) zu stehen: eine Durchdringung von Staat und Gesellschaft sei in Afrika nicht entstanden. Kapitalismus und Sozialismus existierten in Afrika deshalb nicht in der sonst üblichen Form, sondern müßten sich durch die vorherrschende „kleinbäuerliche Produktionsweise“ (ebenda, 6) hindurch artikulieren. Deren ökonomische Basis sei weitgehende Autarkie der afrikanischen Bauern. Politischer Überbau dieser Basis stellten kleinbäuerliche Assoziationen dar.

Der postkoloniale Staat in Afrika sei gewissermaßen Opfer der Bauernassoziationen; er sei damit eine Art artifizieller Überbau des eigentlichen Überbaus. Aus der Tatsache, daß der postkoloniale Staat die kapitalistische Produktionsweise rechtlich absichere, sei deshalb keineswegs die Weltsystem-theoretische These Coquery-Vidrovitchs (1976) abzuleiten, daß die existierenden Produktionsverhältnisse in Afrika kapitalistisch seien: vielmehr bestünden in Afrika überwiegend vorkapitalistische Produktionsformen weiter. Von daher sei aber auch die Reproduktion der politischen Herrschenden weitgehend unabhängig vom Erfolg der Produzierenden, was sie nach anderen Revenuenquellen als der Produktion Ausschau halten ließe, insbesondere nach Möglichkeiten im Handel (ebenda, 7). Wenn man diese Erklärung für mangelnde Investitionen mit der dependenztheoretischen Analysen der „Compradorenbourgeoisie“ (vgl. Evers et al. 1973: 404 f) oder der „Lumpenbourgeoisie“ Franks (vgl. Hettne 1995: 62) vergleicht, dann zeigt sich, wie groß demgegenüber die Bedeutung ist, die Hyden den Strukturbedingungen im Innern postkolonialer Staaten zum Maß.

Wie es absurd, ja gefährlich sei, von einem treibenden Ballon aus den Grund systematisch bearbeiten zu suchen, so mußte Hyden zufolge staatliche Zentralplanung in Afrika scheitern. Deshalb sei ein qualitativer Politikwechsel weg von der Konzeption des Staats in afrikanischen Entwicklungsländern als zentralem Entwicklungsagent nötig, nicht bloß eine quantitative Steigerung von Entwicklungsanstrengungen wie z.B. der Entwicklungshilfe. Staatliche Entwicklungspolitik auf der Grundlage bürokratischer Verwaltung könne erst als Folge, nicht aber als Voraussetzung von Entwicklung entstehen (ebd.: 187). Hyden verwies auf Robert Chambers' (1969) frühe Kritik an ländlicher Entwicklungsplanung, der zufolge zentralplanerische Strategien aufgrund fehlender Wahrnehmung der Gegebenheiten vor Ort so oft versagt hätten, daß sie wohl nicht wegen ihrer Effizienz, sondern nur deshalb weiter vorherrschten, weil die Planer sich taub stellten, Gelder von außen unkontrolliert flössen und es letztlich nur um politische Kontrolle des ländlichen Raums gehe (Hyden 1983: 67).

Den ländlichen Raum sah Hyden durch eine „moralische Ökonomie“ (ebd.: 10) gekennzeichnet; darunter verstand er Wirtschaftssysteme, bei denen ökonomische Aktivitäten in den soziokulturellen Rahmen fest „eingebettet“ sind, was bereits Polanyi als Charakteristikum der Marktformen vorkapitalistischer Gesellschaften behauptet hatte (Polanyi 1995: 88 f). Hyden sah im Umkehrschluß moderne Sozialbeziehungen durch eine „Entbettung“ (vgl. Giddens 1995: 32 ff) aus dem soziokulturellen Umfeld gekennzeichnet, wodurch Staat und Nation als „künstliche Natur“, als Gesellschaft reflektiert werden könnten und sich nationale Solidaritätsformen, legitime Formen von Klassenherrschaft, die Ausbildung modern-bürokratischer Rationalität und damit ein moderner Nationalstaat entwickeln könne. Dies sei in Afrika nicht gegeben und daraus ergäbe sich eine Unbeeinflussbarkeit der „künstlichen Natur“ Staat für die afrikanischen Gesellschaften, da sich gewissermaßen der eigentliche Überbau (die kleinbäuerlichen Assoziationen) mit dem artifiziellen Überbau des Staats überlagere, wodurch sich eine amorphe und entwicklungshemmende Struktur bilde. Klientelismus, Korruption und Vetternwirtschaft seien von daher für Afrika zentrale Entwicklungsblockaden (ebd.: 17). Mit dieser Diagnose traf Hyden sicherlich zentrale Probleme des Kontinents – doch ebenso sicher die dominanten Klischees über den Kontinent.

Der Staat in den Wolken und das von Hyden zitierte Marxsche Bild von Basis und Überbau markierten ein „Oben“ und „Unten“: „oben“ die Politik der staatlichen Entwicklungsplaner, die ihre – den Strukturen entwickelter bürokratischer Herrschaft entsprungene – Konzepte („blueprint-approaches“) einer völlig unpassenden sozialen Realität überzustülpen suchten und aufgrund deren Unangepasstheit in der Praxis in Korruption und Autismus steckenblieben; „unten“ dagegen eine „moralische Ökonomie“, die – ursprünglich auf Überlebenssicherung hin orientiert – durch die einbrechende Moderne zu einem despotischen und Ungleichheit generierenden Anachronismus werde (ebd.: 29); ein ähnliche Perspektive hatte J. H. Boeke (1930) bei seiner Diagnose eines Dualismus der Kolonie Niederländisch-Indiens (heute Indonesien) entwickelt, mit der er den

Urban Bias (Lipton) der zeitgenössischen Kolonialpolitik ebenso kritisierte wie die Hoffnung, dieser würde durch einen politischen Rückzug der Kolonialmächte reduziert. Boeke hatte vielmehr im Dualismus von globaler moderner Kapitalverwertung einerseits und „traditioneller Ökonomie“ andererseits Strukturprobleme gesehen, aus denen er – wie auch Hyden – eine generelle Skepsis gegenüber den politischen Möglichkeiten nationalistischer Führer in den Entwicklungsländern schloß (ebd.: 25 f). Doch weit prononcierter als Hyden folgte Boeke daraus eine fortbestehende Verantwortung der Kolonialmächte für diese Strukturprobleme.

Das Verständnis der Funktion des postkolonialen Staates in Afrika war für Hyden eine zentrale Voraussetzung richtiger Entwicklungspolitik. Hyden stellte seine Konzeption des afrikanischen Staates dabei in einen Zusammenhang zum „soft state“ Gunnar Myrdals (Hyden 1983: 63), der die Entwicklungsländer-Regierungen als „schwach“ in Bezug auf sozioökonomische Durchsetzungsfähigkeit dargestellt hatte. Dadurch hatte Myrdal gewaltsame Überreaktionen von Entwicklungsländer-Regierungen gerade nicht als Zeichen von Stärke, sondern als Schwäche interpretiert, während ein durchsetzungsfähiger Staat, der Staatsgewalt so restriktiv wie möglich ausüben konnte, als Erfolg von Entwicklung erschien. Hydens Adaption von Myrdals Argumentation implizierte, daß Entwicklung durch Mechanismen effektiver Machtkontrolle, etwa der Gewaltenteilung im Staat und der Ausprägung der Wächterrolle einer Zivilgesellschaft gekennzeichnet sei, der in afrikanischen Staaten noch fehle. Die Macht des Staates werde in Afrika vielmehr durch subnationale Interessengruppen ausgehebelt, die sich ihrerseits keiner nationalen Verantwortung stellen mußten.

Für Hyden setzte die Konzeption moderner Gesellschaft als Gegenpol zum Staat z.B. in der Bürokratiekonzeption Webers einen universalistischen Rationalitätsbegriff bereits voraus (ebd.: 76). Deshalb implizierte der moderne Gesellschaftsbegriff, der auf Adam Smith zurückgeht, in seiner Anerkennung eines Primats der Politik eine allgemeine zivilisatorische Verantwortung von Macht, die verhindere, daß Machtausübung als bloß instrumentelle Potenz aufgefaßt wird. Der zugrundeliegende universalistische Vernunftbegriff sei jedoch eine evolutionäre Spätform und damit kulturell keineswegs allgemein. Vielmehr sei die Entstehung moderner Gesellschaft nicht mit dem Aufzupfen moderner Staatlichkeit gegeben, sondern viel besonderer, als der überverallgemeinerte moderne Gesellschaftsbegriff unterstelle.

Unbestechlichkeit der Verwaltung, so Hyden, erfordere eine Antizipation eines allgemeinen Wohls und eine Selbstverpflichtung einer modernen Verwaltung darauf. In Afrika könne sich ein modernes Verantwortungsgefühl gegenüber dem Primat der Politik jedoch nicht bilden, da der Staat als aufgepöppelte neokoloniale Zumutung verstanden werde und der Beamte sich stattdessen gegenüber gesellschaftlichen Strukturen verantwortlich fühle, die sich nicht mit dem Staat deckten (ebd.: 61). Als Allgemeinwohl gelte dem afrikanischen Beamten mithin die Interessen seiner (z.B. ethnischen) sozialen Strukturen, nicht jedoch die Entwicklung der eigenen Nation.

Die afrikanischen Gesellschaften seien „Gesellschaften ohne Staat“ (ebd.: 107) – etwas, das es gemäß dem modernen Gesellschaftsbegriff gar nicht geben! Vielmehr müßten die afrikanischen Verhältnisse als „kleinbäuerliche Produktionsweise“ und damit als Besonderheit verstanden werden. Bevor hinterfragt wird ob das plausibel ist und ob Hyden die von ihm akzentuierten Besonderheiten afrikanischer Verhältnisse selbst sinnvoll erfaßt, soll zunächst einmal die „Erfindung der Gesellschaft“ in der klassischen politökonomischen Theorietradition Europas rekonstruiert werden, die Hyden ja mit seiner Argumentation als über-verallgemeinert kritisierte, und der er die „kleinbäuerliche Produktionsweise“ Afrikas entgegenseetzte.

2. „Gesellschaften ohne Staat“ und die Erben von Adam Smith

Der moderne Gesellschaftsbegriff geht zurück auf Adam Smith, der mit diesem Begriff eine Basis imaginierte, auf der erst sinnvoll über jenen Überbau zu reden sei, der durch Politik und Staat gekennzeichnet sei. Die Basis für Smith war die Realität der sozio-ökonomischen Verhältnisse (eines Landes). Damit stellte Smith die scholastische Tradition auf den Kopf, derzufolge umgekehrt erst das Allgemeine der göttlich bestimmten staatlichen Ordnung die abgeleiteten Erscheinungen des Sozialen möglich mache. Ausgehend vom Sozialen als einer Realität sah Smith trotz aller mit bürgerlichem Pragmatismus verbundenen Gefahren (die er immer deutlich herausstellte) die verzweigten dezentralen Strukturen der Zivilgesellschaft als besseren Anker guter Politik als die geheimen Büros totalitärer Planung „von oben“, wie sie den Despotismus des kontinentalen Absolutismus prägten, den Smith damit gelassen im Ton, aber fundamental in der Sache bekämpfte. Gesellschaft wurde vom Liberalismus Adam Smith' wahrgenommen als ein Soziales eigener Art, welches – historisch entstanden und über vielfache Strukturen vermittelt – die Fähigkeit zu Reproduktion und Entwicklung besitze. Es ist bekannt, wie stark diese Umorientierung auf soziale Strukturen „von unten“ den politischen Diskurs (auch den nicht-liberalen wie etwa bei Marx) prägte – aber dabei auch (gerade in der (neo-)liberalen Tradition!) abgewandelt wurde.

Den Hobbes'schen Verweis darauf, daß das widersprüchliche Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse ohne die Heiligkeit der bestandssichernden Instanz (der Krone) nicht überleben könne, hatte Smith argumentativ umgedreht: gerade weil die Komplexität der zivilgesellschaftlichen Entwicklungen von widersprüchlichen Klasseninteressen geprägt sei, müsse Politik tentativ und situativ onsbezogen legitimiert werden: auf eine „heilige“ Steuerung „von oben“ zu setzen hieße hingegen nichts anderes als attentischen Despotismus zu verstärken um offensichtliche zivilgesellschaftliche Freiheitsmöglichkeiten zu bestreiten. Wenn man im Interesse des Wohlstands der Bürger den Staat zu einem von den Partikularinteressen von Staatsklassen freien Rechtsstaat mache, dann wäre die Zivilgesellschaft zu spontanen Reaktionen auf Marktänderungen selbst besser in der Lage als jede noch so „geheiligte“ Politik „von oben“.

Damit entriß Smith den Gedanken des Allgemeinwohls dem absolutistischen Diskurs: Es bedurfte gar nicht eines vorab bekannten Wissens, um das Allgemeinwohl zu fördern. Maßstab vernünftiger Politik war vielmehr die Förderung der produktiven Kräfte der Gesellschaft im Rahmen eines dienenden, nicht zwanghafte „Entwicklung von oben“ durch einen allmächtigen Staat. Die Entwicklungsförderlichkeit der Marktverhältnisse war gesellschaftlich zu sichern, wofür Öffentlichkeit der beste Schutz sei. Nicht Rationalität der Verhältnisse durch möglichst strikte Planung sah Smith als besten Garanten von Entwicklung, sondern Rationalität im Sinne einer kritischen Öffentlichkeit, die im Falle von Problemen über alles offen zu diskutieren und politische Schlussfolgerungen zu ziehen im Stande war.

Sklaverei im alten Ägypten stellte demzufolge Staat ohne zivilisierte Gesellschaft dar, weil der Zivilgesellschaft keine Autonomie zukam. Auch reine Gewaltherrschaften mit Ausplünderung autonomer Einheiten konnten kein „System natürlicher Freiheit“ ausmachen. Es mußte folglich Staaten ohne Gesellschaft geben. Ibn Chaldun schon hatte das Arabien seiner Zeit als unverbundene Struktur teils wohlhabender Agrargebiete beschrieben, die in mehr oder minder regelmäßigen Abständen wechselnden „Beschützern“ Abgaben entrichten mußten. Ein solcher Schutzgeldstaat konnte unterschieden werden von einem, in dem die Staatsklasse außer (zudem zweifelhaftem) physischem Schutz die Vernetzung der vorher autarken Regionen garantierte, etwa durch Absicherung des Fernhandels.

Erst wenn der Staat nicht nur nahm, sondern etwas gab (ökonomisch verwertbare Ordnung) konnte etwas qualitativ Neues gedacht werden. Dann war das Verhältnis der Bürger nicht mehr bloß eine Summe unabhängiger Teile, sondern etwas im aristotelischen Sinne darüber Hinausweisendes: ein Soziales, dessen Komplexität wachsen – sich entwickeln – konnte (vgl. Gellner 1997: 84). Während Staaten ohne Gesellschaft im politischen Diskurs Europas so gedacht werden konnten, waren Gesellschaften ohne Staat nur als Idyll, d.h.: als Phantasma, faßlich (selbst die Utopien Europas waren staatlich organisiert). Der Gesellschaftsbegriff wurde aus dem Staatsbegriff abgeleitet.

Smith war mit seiner Argumentation dem kontinentalen Fortschrittsdiskurs absolutistischer wie vorrevolutionärer Provenienz gleichermaßen entgegengetreten: weder eine totale Zentralplanung noch der Glaube an die „Machbarkeit“ eines neuen, besseren Mensch „von oben“ sei zukunftsfähig, sondern nur die Selbstbefreiung der Gesellschaft in der Antizipation damit verbundener bürgerlichen Verantwortung. Durch die Behauptung der Naturhaftigkeit seiner Gesellschaftsvorstellung hatte Smith den zu seiner Zeit aufkommenden Fortschrittsdiskurs zum Verweis auf die Notwendigkeit genutzt, die Natur des Sozialen historisch zu sehen, d.h.: als Entwicklungsstufen der Arbeitsteilung. Das Explanandum war dabei Natur – doch eine, die die Explanatoren „selbst“ umfaßte.

Neue Situationen und neue Erkenntnisse mußten demnach auch die Auffassung der Entwicklungsstufen selbst beeinflussen: Die Natur war Geschichte und diese von Menschen gemacht – doch der Verlauf der Geschichte notwendig

immer anders, als das, was die Menschen „gewollt“ hatten, weil über keinen kosmologischen Weltüberblick verfügen, ihre individuelle Poesis nicht die Gewissheiten auktorialer Dogmatik besitzt. Von dem in diesem Sinne „natürlichen“ Standpunkt der gegenwärtigen Entwicklung aus mußten immer alle übrigen Ordnungen als Vorgeschichte interpretiert werden: nicht, um über deren Sinn zu streiten, sondern um zu zeigen, welch gesellschaftlicher Fortschritt aktuell realisierbar und wofür zu streiten vernünftig war.

Diese Reflexivität des Smith'schen Gesellschaftskonzepts ging in der direkten Wirkungsgeschichte seines Werk oft verloren. Hatte Smith den Begriff der Gesellschaft als historische Chance der Emanzipation von staatlicher Bevormundung entwickelt, machte Hegel aus der historischen Chance eine historische Notwendigkeit, indem er sie in ein unilineares Evolutionsmodell preßte: Nicht der aktuelle Diskurskontext prägte das Ringen um die Chancen der historischen Situation; der aktuelle Diskurskontext müsse vielmehr selbst als Ausdruck gedacht werden einer historischen Natur, deren Gesetze die Menschheit (wenn auch dialektisch) in einer vernünftigen Weise auf Zivilisation und Humanität hin bestimmten.

So könne nur die moderne Gesellschaft wahrhafte Menschlichkeit möglich machen. Gesellschaften ohne Staat seien hingegen nicht denkbar. Wie aber sollte dann vorgesellschaftliches Leben aussehen? Schon bei Hegel wurde der darin implizierte Rassismus deutlich: Da die Vor-Modernen nicht gesellschaftsfähig waren, mußten sie auch vormenschlich sein (vgl. Nett 1991: 51). Primitiv, faul, apathisch und unzivilisiert wie sie waren, konnten sie höchstens als Zu-Behlehrende diskursfähig sein. Man brauchte sie nicht als politische Wesen ernst zu nehmen. In der Folge brachte Tönnies die entsprechende Dichotomie zwischen Zivilisiertem und Barbar im deutschen Gesellschaftsdiskurs auf den begrifflichen Zusammenhang von Gemeinschaft und Gesellschaft.

Auch in Durkheims Theorie der Arbeitsteilung entsprachen bäuerlich-autarke Regionen vor-herrschaftlichen und damit vor-gesellschaftlichen Gemeinschaften, Akephalien, die um ihre Ausbeuter herum wie die Segmente einer Zitrone angeordnet sein konnten: Jedes Segment bliebe bestehen, würde man es aus seiner ausgebeuteten Rolle in der Gesamtstruktur befreien, dem „segmentären Reich“. Erst der Nationalstaat wurde als Struktur verstanden, in der sich Arbeitsteilung überlokal ausdehnen und per Zivilgesellschaft vernetzen könne. Die Akephalie war demzufolge Voraussetzung der Bildung segmentärer Reiche und beide die Voraussetzung des Staats. Der Nationalstaat mußte jedoch beide transformieren, wollte er mit der Gesellschaft seine eigene Grundlage hervorbringen. Er mußte die Autonomie der Akephalen brechen, aus isolierten Segmenten ein Ganzes (eine gesellschaftliche Arbeitsteilung) formen. Insofern tauchte im Positivismus früh die Vorstellung von Sozialeinheiten ohne Staat auf – allerdings nur als archaisch-amarphe Vorformen gesellschaftlicher (gedacht als nationaler) Arbeitsteilung.

Talcott Parsons modernisierte dies unilineare Evolutionsmodell dadurch, daß er den Begriff der „sozialen Systeme“ auf Tönnies' Gemeinschaften ebenso

anwendbar machte wie auf „moderne“ Gesellschaftsstrukturen. Da eine entsprechende idealtypische Dichotomie jedoch das Feld der für Parsons zentralen sozio-kulturellen Verhaltensvariablen markierte, mit deren Hilfe er Modernisierung bestimmen zu können meinte (vgl. Nett 1998: 94), ging das unilineare Evolutionsmodell in die entwicklungspolitische Modernisierungstheorie der sechziger Jahre nur etwas versteckter ein. Heute wird diese in der westlichen Öffentlichkeit zwar seltener vertreten, ist als argumentative Hintergrundfolie nichtsdestotrotz weiterhin implizit prägend. In Parsons' modernisierter Form konnte der Evolutionismus Gesellschaften ohne Staat (die Hegel als Widerspruch in sich gefaßt hätte) zulassen, und sie zugleich als „Vorstufen“ der zivilisierten Moderne ins entwicklungspolitische Abseits schieben.

Auch in der Ethnologie, der „Völker“-Kunde, etwa der britischen Kulturanthropologie, findet sich die Auffassung der Vorzeitlichkeit der Akephalie. Evans-Prichard beispielsweise ging bei seinen Studien im Britisch-Afrika davon aus, daß die Akephalen noch urtümlicher seien als die Häuptlingstümer, da sie „noch“ keine Institutionen der Herrschaft besaßen. Um die Akephalen zu entwickeln, brauche die Kolonialmacht jedoch eine Herrschaftsstruktur, an der sie anknüpfen konnte. Und so führte man despotische Häuptlinge im Rahmen der „indirect rule“ zur Beschleunigung der „natürlichen“ Evolution selbst ein. Doch diese Häuptlinge versanken nicht nur unmittelbar dann in Ohnmacht, wenn sich die kolonialen Erzwangungsstrukturen entfernten, sondern mußten gar geschützt werden, da die Akephalen sie als Feinde betrachteten und ihnen in immer neuen unerwarteten, aber effektiven Formen das Leben schwermachten (vgl. Fink-Eitel 1994: 93 f.).

Interessanterweise kam in den skizzierten unilinearen Evolutionstheorien besonders deutlich eine instrumentell-gewaltapologetische Dimension des Entwicklungsbegriffs (als Nachholender Entwicklung) zum Vorschein: Der Primitive war ein vordiskursiver Barbar, zur Selbstbestimmung unfähig – seine Erziehung zum Menschen fiel „natürlich“ dem Entwickelten zu. Koloniale Gewalt wurde in dieser diskursiven Formation gewissermaßen zu einem „natürlichen System der Befreiung und Aufklärung“, ein Ansatz „von oben“, dessen Abweichung von den liberalen Zivilisationsstandards durch die Vor-Gesellschaftlichkeit der Akephalen legitimiert wurde: Wie ein Kind mußte der Wilde vor sich selbst geschützt und von außen gelenkt werden. Und ebenso interessant ist, daß sich in dieser Diskursformation liberale und marxistische Entwicklungstheoretiker trafen (wenn auch in beiden Bereichen nicht alle), galt es doch, einen Fortschritt zu befördern, der für die einen unweigerliche ins Zeitalter liberalen Massenwohlstands, für die anderen ebenso unweigerlich in den Kommunismus einmündete.

3. Keine Abkürzung zum Fortschritt – aber auch keine Alternativen?

Vor dem Hintergrund der Theorietradition bekommt die Kritik Hydens am postkolonialen Staat in Afrika stärkere Konturen. Wenn Hyden behauptete, nur die

unerbittliche Logik marktwirtschaftlicher Prozesse und eine „bürgerliche Revolution“ könne Afrika Entwicklung bringen (vgl. Hyden 1983: 212), so stellte er sich damit in die Tradition eines politökonomischen Evolutionismus, der die Notwendigkeit Nachholender Entwicklung in der peripheren Welt behauptete, wie sie auch mit Überlegungen von Marx – z.B. daß das entwickelte Land dem weniger entwickelten den Weg weise – in Übereinstimmung gebracht werden konnte. Diese Vorstellung, die von der Dependencia-Diskussion unter Verweis auf die sich ändernden äußeren Verwertungsbedingungen des Weltmarkts vehement bestritten worden war, wurde zu Beginn der 80er Jahre durch die neoliberalen „Konterrevolution“ wieder salonfähig gemacht.

Ein Kern der Position Hydens war das Marxsche Argument, daß die Formen der Arbeitsteilung die Basis der Gesellschaft darstellen, deren Dynamik kontingent und der Kern gesellschaftlicher Entwicklung seien, daß Interdependenz mithin im „Prozeß von Produktion und sozialer Reproduktion die historische Bühne für andere Aktivitäten bereiteten“ (ebd.: xiv, eig. Übers.). Doch die Argumentation implizierte noch eine wesentlich stärkere Position: Diese Formen der Arbeitsteilung stellten demzufolge nicht nur wichtige Schlüssel für das Studium des Sozialen dar, sondern seien diskrete Stufen einer vorgegebenen Evolutionslogik, die keine „Abkürzungen auf dem Weg des Fortschritts“ zuließen (ebd.: xiv, eig. Übers.). Alle Länder der Welt durchliefen dieser These zufolge im Laufe ihrer Entwicklung dieselben Stufen: es gab demzufolge nicht nur keine Abkürzungen, sondern auch keine alternativen Entwicklungspfade. Dieser marxistische Evolutionismus fiel noch hinter W.W. Rostows Stadientheorie zurück, der sich zwar nicht hinsichtlich der Stadienabfolge, wenigstens aber hinsichtlich der dabei soziopolitischen Ordnungen Alternativen vorzustellen vermochte (vgl. Rostow 1960: 159, 193 f.).

Hyden lehnte den Staat als Entwicklungsagentur für Afrika mit dem Argument der herrschenden Unterentwicklung ab. Während in kolonialen Zeiten mit der modernen Rationalität Wachstumspolitik verbunden gewesen sei, huldigten die postkolonialen Staaten einer populistischen Gießkannenpolitik und ignorierten ökonomische Wachstumsimperative. Argumentativ kam Hyden dabei nahe an die Position Bill Warrens (vgl. Martinussen 1997: 144) heran, der in Berufung auf Marx Imperialismus und Kolonialismus als Teil eines globalen Fortschrittsprozesses interpretiert und eine bürgerliche Gesellschaft als notwendige Durchgangsetappe für die Dritte Welt auf dem Weg zu einer universalen Zivilisation behauptet hatte. Ähnlich argumentierte Hyden in marxistischer Terminologie für „Kapitalismus“ gegen Planung „von oben“, für Transformation gegen Gradualismus, für eine Marköffnung in den Entwicklungsländern gegen mehr Entwicklungshilfe von außen.

Hydens marxistisch basierte Position unterschied sich von einer neoliberalen darin, daß er in einer bloßen Verringerung der Bürokratie kein sinnvolles Ziel an sich sah, auch in Afrika nicht (ebd.: 78). Doch in der Kritik nachfrageorientierter Politik, in der er den Versuch sah, den Wagen vor das Pferd zu spannen (ebd. 2 f), stand er ganz auf der Seite neoliberaler Angebotsorientierung, ja propagierte deren

Radikalisierung (ebd.: 180 ff). Wohlfahrtsprogramme „von oben“ schädigten den wirklichen Bedarf in Afrika gerade durch egalitäre Überlebenssicherungspolitik Chancengleichheit und Unterentwicklung (ebd.: 54).

Im Gegensatz zu gradualistischem Reformismus setzte Hyden auf Transformationspolitik. Und wie die Neoliberalen ihre Forderung nach Schock-Therapien stützte Hyden dabei sein Plädoyer für freien Markt auf ein unhistorisches, „reines“ Modell gesellschaftlicher Evolution. Hydens Proklamation einer Besonderheit der afrikanischen Verhältnisse diente dabei nur der Verteidigung der angeblichen Allgemeinheit einer unlinearen Abfolge von Entwicklungsstadien. Das Besondere an Afrika war demzufolge die Verbindung von moderner Staatlichkeit und Verhältnissen, die Hyden im ersten Schritt als besonders, im zweiten dann als allgemein (nämlich steinzeitlich) voraussetzte.

Zum Beleg seiner Thesen erinnerte Hyden an unrealistische Modernisierungsprojekte wie die Umsiedlungspolitik in Tanzania (ebd.: 66) oder die Versorgungspolitik über öffentlicher Ämter in Afrika (ebd.: 69). Aus den plausiblen Beispielen für gescheiterte Politik in Afrika schloß er jedoch, daß die Ursache dieses Scheiterns im Fortbestehen der „Clanpolitik“ läge (ebd.: 71). Statt gesellschaftlichem Interessenausgleich (vgl. ebd.: 74) brächten die „vorkapitalistischen“ Strukturierungen „von unten“ unter Weltmarktbedingungen nichts als eine Art Betrügermentalität hervor, für die Rationalität, Produktivität und Nachhaltigkeit keine Kriterien darstellten.

Die Kritik Hydens an übergroßer Staatsfixierung in der afrikanischen Politik war sicher gerechtfertigt. Doch die Einführung genuin afrikanischer Sozialintegrationsformen hätte eine bessere Analyse verdient als die einer pauschalen Diffamierung als zentraler Entwicklungsblockade für Afrika. Sicherlich konnte man das Myrdalsche Konzept vom „schwachen“ (d.h.: ineffektiven, aber gewaltsam vorgehenden) Staat unter Verweis auf konkurrierende Sozialintegrationsformen auf Afrika übertragen und die Vernachlässigung angepaßter Marktförderungspolitiken kritisieren. Warum aber sollte eine Zerschlagung der „Clanpolitik“ notwendige Voraussetzung nachhaltigen rationalen Interessenausgleichs sein? Offensichtlich aufgrund der Notwendigkeit Nachholender Entwicklung: diese aber war selbst eine unbewiesene Behauptung. Das Argument Hydens lief damit auf einen Zirkel heraus: afrikanische Besonderheiten wurden aufgeführt um zu beweisen, daß Afrika denselben Weg gehen müsse wie andere Länder und deshalb zunächst seine Besonderheiten über Bord werfen müsse.

Ganz anders lag die Sache mit Hydens Behauptung, Afrika brauche zunächst einmal eine vernünftige Agrarpolitik – forcierte Industrialisierung nach Europäischem Vorbild taue nicht für Afrika. Daß Entwicklungspolitik in Afrika am Gros der ländlichen Bevölkerung vorbeigegangen war, hatten zurecht schon viele Entwicklungstheoretiker kritisiert. Lipton (1977) etwa hatte schon lange vor Hydens Analyse die systematische Bevorzugung urbaner Entwicklung und die einseitige Orientierung der Entwicklungspolitik an den Ergebnissen (bei gleichzeitiger Ignoranz gegenüber den historischen Grundlagen) der Industrialisierung

Europas und Nordamerikas kritisiert und unter Verweis auf die sowjetische Agrarkollektivierungspolitik staatlich forcierte Nachholende Industrialisierung als inhumanen Planer-Machtwahn charakterisiert. Die eklektische sozialistische und ökonomische Argumentation Liptons richtete sich gegen den Zentralismus der herrschenden Entwicklungspolitik.

Hyden legte den Schwerpunkt darauf, daß eine angepaßte Sozialstruktur-analyse für die Erarbeitung sinnvoller Entwicklungspolitik in Afrika notwendig sei, für die die Begriffe der europäischen Moderne nicht einfach als universal-gültig unterstellt werden dürfen. In dieser Forderung war Göran Hyden vorbehaltlos zuzustimmen – doch er löste sie selbst nicht ein: was Lipton auf die erfolgreiche Interessenpolitik politischer Klassen zurückgeführt hatte, das wandelte Hyden weitgehend undifferenziert gegen jedwede nachkoloniale Regierungspolitik in Afrika. Hyden argumentierte dabei mit anti-etatistischen Argumenten gegen die Modernisierungspolitik der postkolonialen Staatseliten – und vertraute darauf, daß deren Verzicht auf regulative Politik die sub-nationalen Egoismen überwinde. In der Realität hat der Rückzug des postkolonialen Staats in Afrika jedoch vielfach dem viel schlimmeren Egoismus marodierender Warlords das Feld bereitet.

Auffällig an Hydens Position war zum einen die Kritiklosigkeit gegenüber dem internationalen Markt, die im scharfen Kontrast zu seiner schonungslosen Kritik der Entwicklungshilfe stand, und die damit verbundene Annahme, die Deregulierung der bestehenden Schutz- und Trutzinstitutionen der „moralischen Ökonomie“ als bisher unverzichtbarer Basis der Überlebensabsicherung sei die Voraussetzung für die Bildung sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit. Die „moralische Ökonomie“ der Kleinbauern als deren „Politik von unten“ wurde so in die Entwicklungstheorie eingeführt – aber nur um als Pauschalerklärung für Unterentwicklung in Afrika herzuhalten.

Daß die Existenz der von Hyden behaupteten „Gesetze“ der Evolution bei Begründungen immer schon unterstellt werden, herrschaftssichernde (und damit eigentlich selbst legitimationsbedürftige) Paradigmen und keine letzten Wahrheiten sind, haben unterschiedlichste Theoretiker dargelegt. Wenn deren Kritik zutrifft, dann können entsprechende „große Erzählungen“ (vgl. Rist 1998: 39) notwendige Elemente der Selbstvergewisserung einer antizipierten demokratischen Öffentlichkeit sein, dürfen aber nicht als dogmatische Weltformel mißbraucht werden (so hätte dies wohl auch Adam Smith gesehen) – was dann ebenso auch für die Kritik an ihnen gelten muß (vgl. Nett 1998: 298 ff). Verstehen des Besonderen ist nur in den Wahrnehmungsformen der Poesis, d.h. in Diskurs-Kontexten möglich. Zudem gibt es – nicht nur in der Entwicklungspolitik – keinen direkten Weg von Analyse zu Strategie.

Von daher ergibt sich auch aus der Diagnose von „Gesellschaften ohne Staat“ keineswegs eine eindeutige, „richtige“ Strategie z.B. als notwendiges „Nachholen“ von „Modellen“, ebensowenig wie als Gegenstrategie eine Naturnotwendigkeit totaler Abkopplung des Kontinents. Man sollte sich vielmehr hüten vor „großen Theorien“, in denen die Bürger Afrikas en bloc behandelt werden

ohne selbst zu Wort zu kommen. In der Zwischenzeit hat die Entwicklungstheorie zudem herausgestellt, welch immens flexibles und innovatives Potential in Strukturierungen „von unten“ z.B. in der Form indigenen Wissens steckt (vgl. z.B.: Nett 1992: 65 ff). Fiehl (1993: 169) arbeitet heraus, daß Akephalie kein primitives Fehlen herrschaftlicher Vergesellschaftung, sondern eine äußerst flexible und kunstvolle Reproduktion egalitärer Verhältnisse durch einen virtuos gehandhabten sakralen Rahmen darstellt, eine Struktur, die sich verändernden Bedingungen, ja sogar kolonialer Herrschaft, anzupassen vermochte.

Man kann die Akephalie gering schätzen, weil ihr angeblich die Kultur zur Herrschaft fehle, man kann aber auch bestaunen, wie bis zu 300.000 Menschen umfassende Gesellschaften ihre Angelegenheiten ohne Herrschaftsinstitutionen diskursiv zu bewältigen imstande sind (vgl. Fink-Eitel 1994: 93). Ihre bürgerliche Gleichheit enthüllt sich dann nicht als Fehlen herrschaftlicher, sondern als Fähigkeit zu diskursiver Kultur.

Foucault hatte angesichts der Erkenntnis der Diskursivität auch wissenschaftlicher Erkenntnis die Notwendigkeit einer Genealogie der Macht zum Zwecke einer reflexiven „Ethnologie der eigenen Kultur“ formuliert (vgl. Fink-Eitel 1994: 203). Clastres stellte den nicht nur für die Ethnologiegeschichte typischen Eurozentrismus heraus und die Verzerrung, die dadurch Fremd- und Eigenimagination erhielten. Deren Wiederumkehrung vom Kopf auf die Füße (wir lernen, was wir sind, durch Reflektion dessen, was wir anderen in die Schuhe schieben) gleiche der „kopenikanischen Wende“ Kants (Clastres 1976: 26). Die Kritik des französischen Poststrukturalismus am Fortschrittskonzept des Strukturalismus hat zu einem grundsätzlichen Neudurchdenken des Verhältnisses von Zivilisierten und Barbaren und zur Neubewertung horizontaler Handlungskoordinationen geführt. Die entsprechenden Entwicklungspotentiale sind jedoch nur dann erkennbar, wenn man sich nicht auf den ethnozentrischen Standpunkt stellt, man sei am höchsten entwickelt, wenn man über die größten Gewaltmittel verfügt (vgl.: Mey 1991: 166 ff).

Es war Hydens Verdienst, vor 20 Jahren die stark vom französischen Diskurs geprägte Konzeption von „Gesellschaften ohne Staat“ in die Entwicklungspolitische Debatte eingeführt zu haben. Doch trotz aller Detailkenntnisse Görans Hydens über Managementprobleme in der afrikanischen Verwaltung und seines differenzierten Verweises auf die Rolle der Nichtregierungsorganisationen für die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen muß man feststellen, daß er den oben skizzierten Diskurs leider auf die theoretischen Erfordernisse eines unilineren, mechanistischen Evolutionskonzept zurückgestützt hat, wodurch sein entwicklungs-theoretischer Beitrag die „uneingebundenen Kleinbauern“ Afrikas nur als Quell klientelistischen Tribalismus darzustellen vermochte, ohne die damit verbundenen Chancen (Rassismus) und Zentralismus zu überwinden) angemessen zu berücksichtigen. Entwicklungsprobleme führte er zurecht auf staatliche Überzentralisierung zurück. Doch mit seiner Kritik an der „Clanwirtschaft“ wüsste er zugleich wichtige Ansatzpunkte für zivilgesellschaftlich orientierte Dezentralisierungsansätze vom Tisch.

Abstracts

In his article, Bernhard Nett undertakes a review of G. Hyden's "No Shortcuts to Progress", two decades after its publication. The author points out that Hyden's invention of an African "uncaptured peasant" implied an innovative critique on the state-centered early development discourse and promoted a new interest in grassroot perspectives of African development. Putting African peasants into the center of African Political Economy, therefore, was a promising attempt (not only of Hyden). According to the author, Hyden's attempt failed due to its reduction of progress to the imitation of elder industrialization models.

In seinem Artikel wirft Bernhard Nett nach zwei Jahrzehnten einen Blick zurück auf G. Hydens „No shortcuts to Progress“. Dabei stellt der Autor heraus, daß Hydens These vom „uncaptured peasant“ eine fruchtbare Kritik am etatistischen frühen Entwicklungsdiskurs formulierte und zu einem neuen Interesse an „Entwicklung von unten“ in Afrika beitrug. Der nach wie vor anregende Versuch, die Bauern Afrikas ins Zentrum einer politökonomischen Analyse des Kontinents zu stellen (für den Hyden nur ein Beispiel war), muß jedoch mißlingen – so der Autor – wenn man wie Hyden Fortschritt auf Nachholende Entwicklung der Industrieländer verkürzt.

Literatur

- Anderson, Benedict. 1993. Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts. Frankfurt a.M.: Campus.
- Boeke, Julius Herman. 1930: Rede gehouden bij de Aanvaarding van het Ambt van het gewoon Hoogleraar in de tropisch-koloniale Staatshuishoudkunde aan de Rijks-Universiteit te Leiden op 15. Januari 1930. Leiden: Van Doesburgh.
- Chambers, Robert. 1980. Rural Poverty unperceived: Problems and Remedies. World Bank Working Paper No. 400. Washington D.C.
- Clastres, Pierre. 1976. Staatsfeinde. Zur politischen Anthropologie. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Coquery-Vidrovitch, Catherine. 1976. The Political Economy of the African Peasantry and Modes of Production. In: Gutkind, C. W., Immanuel Wallerstein, eds. The Political Economy of Contemporary Africa. Beverly Hills: Sage.
- Evers, Tilman, Peter von Wogau. 1973. Dependencia – Lateinamerikanische Beiträge zur Theorie der Unterentwicklung. *Das Argument*, Nr. 79 (1973), 404–452.
- Fink-Eitel, Hinrich. 1994. Die Philosophie und die Wilden. Über die Bedeutung des Fremden für die europäische Geistesgeschichte. Hamburg: Junius.
- Gellner, Ernest. 1995. Bedingungen der Freiheit. Die Zivilgesellschaft und ihre Rivalen. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Giddens, Anthony. 1995. Konsequenzen der Moderne. Frankfurt a.M.
- Hyden, Göran. 1980. Beyond Ujamaa in Tanzania: Underdevelopment and an Uncaptured Peasantry. Heinemann, London.
- Hyden, Göran. 1983. No Shortcuts to Progress. African Development Management in Perspective. Berkeley: University of California Press.
- Lipton, Michael. 1977. Why poor people stay poor. Urban bias in World Development. London: Temple Smith.

- Martinussen, John. 1997. *Society, State and Market. A Guide to Competing Theories of Development*. Zed Books: London.
- Meier-Faje, Arnold. 1991. Adam Smith's politökonomisches System – eine Antwort auf die Gefährdung der Condition Humana. In: Meier-Faje, Arnold, Peter Ulrich. Hg. Der andere Adam Smith. Beiträge zur Neubestimmung von Ökonomie als Politischer Ökonomie. Bern und Stuttgart: Haupt, 303–340.
- Mergner, Gottfried. 1991. Die Berufung zur Besserung der Welt. Zur Geschichte der deutschen Erziehung im Kolonialismus. In: Freyholdt, Klaus von, Rainer Tetzlaff. Hg. Die „afrikanische Krise“ und die Krise der Entwicklungspolitik. Münster: Lit.
- Mey, Harald. 1991. Akephale Grundlagen des afrikanischen Konstitutionalismus und der Demokratie. In: Diarra, Abdramane. Hg. Westafrika zwischen autochthoner Kultur und Modernisierung. Frankfurt a.M. etc.: Lang.
- Nett, Bernhard. 1992. *Agriculture in Guinea (Conakry)*. In: Nett, Bernhard, Volker Wulf, Abdramane Diarra. eds. *Agricultural Transformation and Social Change in Africa*. Frankfurt a.M. etc.: P. Lang.
- Nett, Bernhard. 1998. Am Ende „großer Theorien“? Überlegungen zur soziologischen Theoriediskussion. Münster: Lit.
- Polanyi, Karl. 1978. *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Rostow, Walt Whitman. 1960. *Stadien wirtschaftlichen Wachstums. Eine Alternative zur marxistischen Entwicklungstheorie*. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.
- Rostow, Walt Whitman. 1984. *The barbaric Counter-Revolution. Cause and Cure*. London: Macmillan.
- Riehl, Volker. 1993. *Natur und Gemeinschaft. Sozialanthropologische Untersuchungen zur Gleichheit bei den Tallensi in Nordghana*. Frankfurt a.M. etc.: Lang.
- Rist, Gilbert. 1997. *The History of Development. From Western Origins to Global Faith*. London/New York: Zed Books.

Bernhard Nett, Schloß Rahestraße 7, D-52072 Aachen

Journal für Entwicklungspolitik XV/4, 1999, S. 381–401

Joachim Groder

Der Aufstand in Chiapas 1994 im Spannungsfeld von exklusiver Politik und Concientización

Samuel Ruiz, Bischof von San Cristóbal de las Casas (der Diözese in Chiapas, die zum Zentrum des EZLN [Ejército Zapatista de Liberación Nacional] wurde) und bis vor kurzem Chefvermittler zwischen EZLN und Regierung, meinte in einem Gespräch mit mir im Sommer 1997: „Diese Rebellion ist nicht die Folge der Armut der Indígenas – denn sonst gäbe es überall Rebellion –, sondern sie ist die Folge der Repression, der systematischen Repression.“

Damit brachte er die Problematik bei all der ihr zugrundeliegenden Komplexität auf den entscheidenden Punkt. Selbstverständlich war die soziale und wirtschaftliche Situation der chiapanekischen Bevölkerung 1994 katastrophal, speziell der großteils indianischen Bevölkerung (in ganz Chiapas heute etwa ein Drittel) des Ostens, der Diözese von Samuel Ruiz also. Sie ist die ärmste, die am wenigsten alphabetisierte, die mit der höchsten Kindersterblichkeit, der niedrigsten Lebenserwartung und den am schlechtesten ausgestatteten Haushalten – jeweils ganz Mexikos (siehe CIACH 1997).

Wahr ist auch, daß die chiapanekische Bevölkerung (und hier wieder ganz besonders die indigenen Campesinos) unter der Wirtschaftskrise ab 1982 und unter der folgenden neoliberalen Politik der Regierungen de la Madrid (1982–88) und Salinas de Gortari (1988–94) am stärksten litt. In der Dekade vor der Rebellion fiel das Bruttoprokopfeinkommen in Chiapas unter allen mexikanischen Bundesstaaten am stärksten: um 6,5% pro Jahr (Russell 1995: 15).

Von der rigorosen neoliberalen Sparpolitik war besonders der landwirtschaftliche Sektor betroffen – und damit wiederum Chiapas als fast ausschließlich landwirtschaftlich geprägter Bundesstaat. Garantiepreise, Subventionen, Kredite und Verkaufshilfen wurden enorm gesenkt bzw. abgeschafft. 1991 betrug die öffentlichen Ausgaben im landwirtschaftlichen Sektor in Chiapas nur mehr 8,7% des Werts von 1982 (Villafuerte Solís/García Aguilar 1994: 116). Wenn nun noch staatlich gefördert wurde, dann waren es der Logik des Marktes nach und im Hinblick auf den krönenden NAFTA-Beitritt per 1.1.1994 die großen wettbewerbsfähigen Agrareinheiten. Die Campesinos wurden weitgehend sich selbst überlassen.

Durch die Sparpolitik wurden auch große Regierungsprogramme, wie die Straßen- oder Dammbauten im Grijalva-Tal, abrupt gestoppt. Arbeitslose Indios kehrten en masse zurück in das ohnehin schon überbevölkerte indianische Hochland um San Cristóbal, die sog. Altos, und verschränkten hier die Landnot. Aber sie verstärkten gemeinsam mit den ab 1981 eintreffenden Flüchtlingen des blutigen guatemalteckischen Bürgerkriegs auch die Konkurrenz um die Arbeits-